

# Freiheitlicher Sozialist oder liberaler Reformier?

Versuch einer weltanschaulichen Einordnung der Ideen John Stuart Mills

John Stuart Mill wird von Linksliberalen oft als Kronzeuge ange-rufen. Der folgende Text versucht zu zeigen, dass er mit den wohl-fahrtsstaatlichen Tendenzen von heute nichts am Hut hätte. (Red.)

Gerd Habermann

John Stuart Mill, eine der leuchtendsten Gestalten der liberalen Geistes-geschichte, lebte von 1806 bis 1873, in der besten Zeit des Liberalismus, die man gerne mit dem Ausdruck «Manchester-Liberalismus» denunziert. Bei den strik-teren Liberalen des 20. Jahrhunderts ist Mill aber eine umstrittene Figur. Ludwig von Mises geht so weit zu behaupten: «Er ist der bedeutendste Anwalt des Sozialismus; alle Argumente, die zu-gunsten des Sozialismus sprechen, hat er mit liebevoller Sorgfalt ausgearbei-tet; neben ihm sind alle übrigen sozialis-tischen Schriftsteller (auch Marx, Eng-els, Lassalle) kaum von Belang.»

In der Tat hat John Stuart Mill zumal in seinen letzten Jahren alle Argumente unvoreingenommen behandelt, die für den Sozialismus sprechen mögen. Er hält ihn bei entsprechender sittlicher Einsicht und Gemeinschaftsorientie-rung, also auf einer höheren Entwick-lungsstufe der Menschheit, für realisier-bar und meint, dass, was in einem kom-munistischen Mönchsorden möglich ist, bei entsprechender Erziehung der Ge-fühle und Gesinnungen auch in einer Grossgesellschaft möglich sein müsste. Mill hatte eben noch nicht die Erfahrun-gen des 20. Jahrhunderts vor Augen. Vieles von dem, was er geschrieben hat, bleibt aber gleichwohl zeitlos gültig.

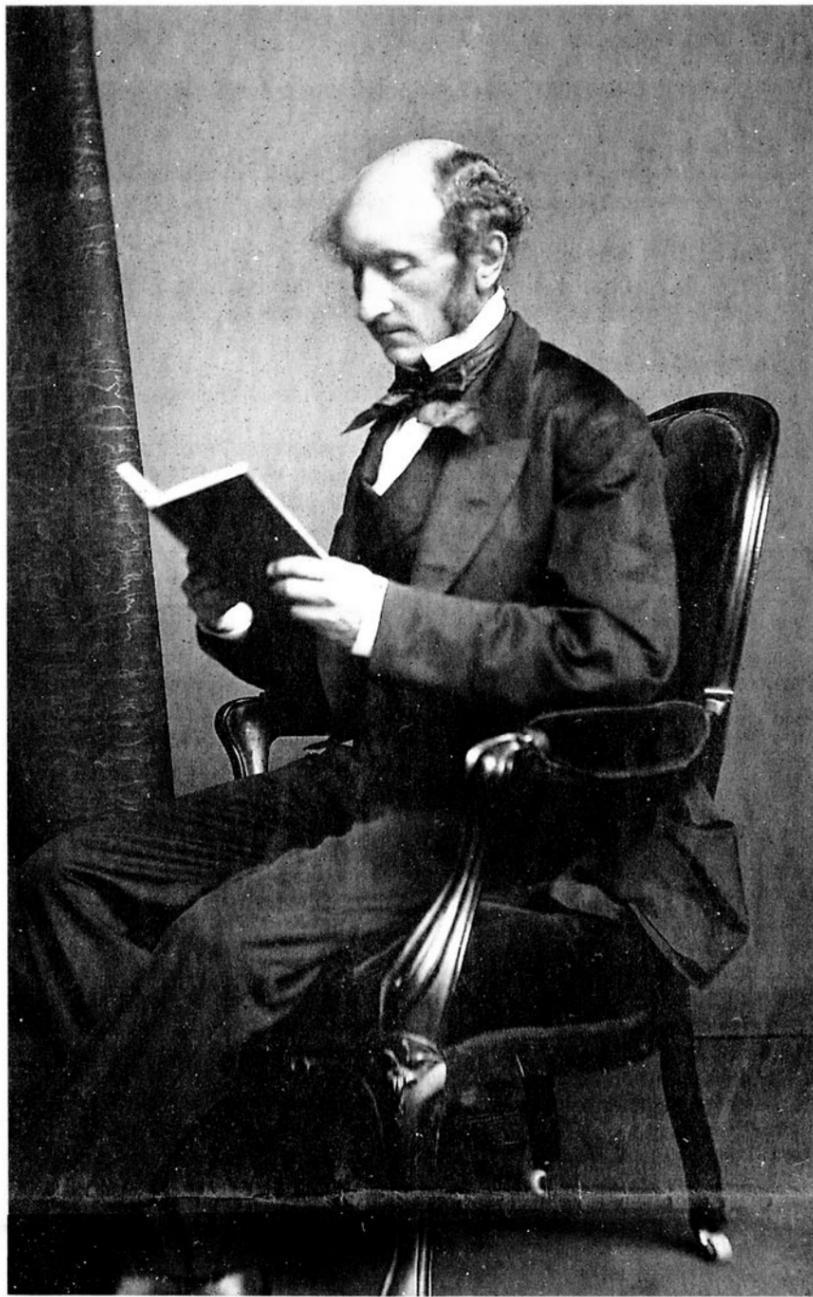
## Wahlrecht für Steuerzahler

Dazu gehört Mills Plädoyer für Persön-lichkeit, Individualität, Spontaneität und Initiative im Anschluss an Wilhelm von Humboldt und Goethe. Die Ver-vollkommnung der Persönlichkeit in Freiheit ist ihm eine wichtige Vorausset-zung des allgemeinen Glücks. Er setzt sich damit vom quantitativen Utilitari-smus Bentham ab, der meinte, es gebe eine berechenbare Gesamtmenge von Glück und Lust, wobei Kegeln und Lyrik gleich viel gelten. Bekannt ist sein Diktum: «Es ist besser, ein unzufriede-ner Mensch zu sein als ein zufriedene-ger Schwein.» Dass der Wert mora-lischer Regeln nach ihrer Wirkung für Selbsterhaltung und «Glück» einer Ge-sellschaft beurteilt wird, ist ja nicht ganz abwegig, obwohl die Gesamtwirkung einer Handlung, besonders ihre Fern- und Rückwirkung für alle anderen Menschen, niemals kalkulierbar ist.

Kaum jemand hat wie Mill den Wert origineller Persönlichkeiten (die sich gegen den Druck der öffentlichen Mei-nung und Sitte behaupten) gepriesen. «Besitzt ein Mensch ein erträgliches Mass von gesundem Menschenverstand und Erfahrung, so ist seine eigene Art, sich sein Leben zu zimmern, die beste, nicht weil sie absolut die beste ist, son-derm weil es seine eigene Art ist.» Auch lobt er die Vorzüge von Eigentum und Wettbewerb. Diese Persönlichkeits- und Freiheitsideale verunmöglichen es, Mill für die Rechtfertigung des Wohlfahrts-zwangsstaates in Anspruch zu nehmen.

Zeitlos gültig sind auch Mills Bemerkungen zur Konkurrenz – der Meinun-gen, der Glaubensrichtungen und der Unternehmen. Bei Glaubens- und Mei-nungsmonopolen werde der Glaube oder die Meinung allzu oft zur nicht mehr gelebten Phrase. «Sowohl Lehrer wie Jünger schlafen auf ihrem Posten ein, sobald kein Feind in Sicht ist.»

Zeitlos gültig ist ferner John Stuart Mills Warnung vor einer Tyrannei der Mehrheit in der Demokratie. Er ist, im Anschluss an Denker wie Constant oder Tocqueville, den er begeistert würdigt, Demokratieskeptiker. Er fürchtet die nivellierenden Wirkungen des gleichen Stimmrechts für alle, und, dass in die-sem Fall die Tyranisierung wertvoller Minoritäten oder Einzelner durch die Masse unvermeidlich werde: Er fürchtet



John Stuart Mill – Kämpfer für Individualität und Gleichberechtigung.

den Triumph «niedrigster Gefühle und dümmster Vorurteile des vulgärsten Teils der Masse». Darum ist er für ein Stimmrecht in Abhängigkeit vom Grad der Bildung. Und darum möchte er kein Wahlrecht für Analphabeten, Sozialhil-feempfänger und Leute, die keine Steu-ern zahlen, also materiell nichts zum Gemeinwesen beitragen (diese Gruppe dürfte überall nach Millionen zählen).

Um unpopulären, aber wertvollen Persönlichkeiten eine Chance zu geben, tritt er für ein Verhältniswahlrecht und Listenwahlen ein. Zugleich ist er gegen die Gewaltenteilung. In Grossstaaten ist er für die reine repräsentative Demo-kratie mit gebildeten Honoratioren an der Spitze, mit Leuten also, die mehr für als von der Politik leben. Es ist Röpkes Ideal der Herrschaft einer «nobilitas naturalis». Von Sozialismus keine Spur.

## Sozialhilfe auf tiefem Niveau

Auch in der Geschichte der Frauen-befreiungsbewegung ist Mill wichtig. Er ist einer der eindrucksvollsten Pioniere für die rechtliche Gleichstellung der Frau, bleibt aber bei dem, was man «Gleichberechtigung» nennt, stehen: Gleichberechtigung im Zivilrecht, un-eingeschränkte Öffnung der Erwerbs-welt für die Frau. Aber keine Spur von Gleichmachung. Mill lässt sich nicht auf die Ziele des «gender mainstreaming» verpflichten, wonach mit Zwangsmass-nahmen des Staates der Zufall des Ge-schlechts ausgeschaltet werden soll.

In sozialpolitischer Hinsicht ist Mill nicht Anhänger des Modells, das heute in den Wohlfahrtsstaaten Europas ver-wirklicht ist. Eine soziale Zwangsver-sicherung zu akzeptieren, die über 40% des Bruttoeinkommens für Sicherungs- und Umverteilungszwecke konfisziert, wäre für ihn unvorstellbar. Was muss da aus dem persönlichen Lebensplan und aus der freien sozialen Gesinnung und Nächstenliebe werden? Was bedeutet ein solcher Wohlfahrtszwangsstaat für Freiheit und Individualität, wo er doch

zur Homogenisierung der Vorsorgefor-men und Lebensentwürfe führt? Und was bedeutet dies für den Wettbewerb, der für Mill so wichtig ist als «Ansporn, wenigstens so intelligent zu sein wie andere Leute»? Für ein bedingungs-loses Grundeinkommen nach dem Mo-dell Götz Werner hätte Mill wohl nur Spott übrig. Und ablehnen würde er auch die zunehmende Sozialisierung der Familien- und Kinderkosten, die das Kinderkriegen mehr und mehr zu einer Staatsangelegenheit macht mit allen Konsequenzen einer Uniformierung und Abhängigkeit der Lebensmuster.

«Sozialhilfe», wie man heute beschö-nigend sagt (statt Armenhilfe oder Für-sorge), will er nur auf Armenhausniveau zugestehen. Er hält es für unmoralisch, Kinder in die Welt zu setzen, ohne sie ernähren zu können, und so de facto die Mitmenschen dazu zu zwingen, sie zu ernähren. Heiratserschwerisse, ja Hei-ratsverbote für Arme, bereiten ihm kein Problem. Auch gescheiterte Unterneh-mer dürfen nicht mit Mitleid rechnen: Er lobt die Härte des alten Insolvenzrechts und beklagt Gesetze, die Insolvenz zur lohnenden Spekulation machen.

Viel Kritik – schon bei Marx – hat ihm die Unterscheidung von «Natur-gesetzen» der Produktion, an denen nicht zu rütteln sei, und «Regeln der Verteilung», die nach Willkür festgelegt werden können, eingebracht. Als ob Art und Umfang der Verteilung nicht auf die Produktion zurückwirken müs-sen! Aber ihm war, wie Mises bemerkt, eben die Grenznutzenlehre, die Tat-sache der Grenzproduktivität der Ar-beit, noch nicht bekannt. «Er sieht nicht, dass der Arbeiter ein Interesse daran hat, so viel zu leisten, als er kann, weil sein Einkommen von dem Wert der Leistungen abhängt, die er vollbringt.»

## Milde Form des Raubes

Mill ist auch – wie Friedrich August von Hayek, der hier seine Position über-nommen hat – Gegner eines öffent-

lichen Bildungsmonopols. Zwar meint er, für die Elementarbildung eine Bil-dungspflicht zulassen zu können, aber wie man zur Bildung gelangt, solle den Bürgern freistehen. Er überlässt das Angebot an Unterricht der Privatinitia-tive. Er will sogar die Errichtung einer Privatschule unabhängig von einer staatlichen Lizenz machen. Auch in die-sem Punkt hat ihn Humboldt stark be-einflusst. «Eine Regierung, welche die Ansichten und Gefühle des Volkes von erster Jugend an formen kann, vermag mit ihnen zu tun, was ihr beliebt.» Das haben wir im 20. Jahrhundert erlebt.

Im Übrigen sind die Staatsaufgaben, die er sieht, verglichen mit heute nicht sehr umfangreich: Bestimmung von Mass und Gewicht, Pflasterung, Er-leuchtung und Reinigung der Strassen und öffentlichen Plätze, Anlegung und Verbesserung von Häfen, Bau von Leuchttürmen, Vermessung des Landes, Errichtung von Deichen und Dämmen, Eisenbahnlinien und Kanälen: Hier spricht er dem Staat vornehmlich regu-lierende Kompetenzen zu. Er war der Privatinitiative zumindest für die Durchführung dieser Aufgaben nicht abgeneigt (Gewährleistungs- statt Lei-stungsstaat, sagen wir heute). Aber das gefährlichste aller Monopole, das staat-liche Münzmonopol, will er aus Grün-den «allgemeiner Bequemlichkeit» dem Staat überlassen – das sehen wir heute nach diversen galoppierenden oder chronischen Inflationen und Finanz-krisen wohl zumindest im Umfeld der «Österreichischen Schule» anders.

Was die Finanzierung des Staates be-trifft, ist die direkte und namentlich pro-gressive Einkommensteuer nicht sein Ideal. Er hält die Progression für eine «milde Form des Raubes». «Die gröss-eren Einkommen nach einem höheren Satz besteuern als die geringen, heisst nichts anderes, als die Erwerbstätigkeit und Sparsamkeit besteuern und den Fleissigen mit einer Strafe belegen, weil er mehr gearbeitet und mehr gespart hat als andere.» Er möchte aber doch ein Existenzminimum steuerlich freigestellt sehen und spricht sich auch für «Luxus-steuern» aus. Bei Erbschaften spricht er sich sogar offen für die Progression aus und hat durchaus egalitäre Ideale.

## Volkskapitalismus

Was hat ihm nun der Ruf eines «Sozia-listen» eingebracht? Er selber nennt sich gelegentlich so, versteht darunter aber nicht das, was im 20. Jahrhundert darunter verstanden wurde: nationale Kommandowirtschaft, Zentralplanung und Staatseigentum. Sein sozial-egalitä-res Ideal ist vielmehr die Verbreiterung der Schicht der Unternehmer und Bau-ern, das Ideal einer Eigentümergesell-schaft also. Das ist ein einleuchtendes Ziel freiheitlicher Sozialpolitik, das heute kaum jemand mehr verfolgt. Als vorherrschende Unternehmensform wünscht er sich die Produktivgenossen-schaft, in der die Arbeiter nicht nur am Erfolg beteiligt, sondern auch Miteigen-tümer sind. Das ist ein Volkskapitalis-mus, der den Gegensatz zwischen Kapi-tal und Arbeit überwindet, damit der Klassenkampf keinen Anknüpfungspunkt mehr findet. Mill schreibt: «Schliesslich ... könnte das Prinzip des Genossenschaftswesens den Weg bilden zu einer Umgestaltung der menschi-lichen Gesellschaft, bei welcher Freiheit und Selbständigkeit der Individuen mit den moralischen, intellektuellen und wirtschaftlichen Vorteilen einer verbun-denen Produktion vereinigt blieben.»

Solche Ideen liefen auch im Deutsch-land des 19. Jahrhunderts um: die Ge-nossenschaftsbewegung von Schulze-Delitzsch etwa oder die Initiativen Raiffeisens. Die Radikal-Liberalen im Deutschland jener Zeit, z. B. Eugen Richter, unterstützten diese Bestrebun-gen. Schulze-Delitzsch war ein glühender Anhänger von Bastiat und seiner Hauptbotschaft: Hilf dir selbst!

Analog möchte Mill aus Landarbei-tern kleine Landeigentümer mit Haus und Garten machen. Dafür ist er bereit, mit Steuern und Erbrechts-Änderungen gegen die Grossgrundbesitzer vorzuge-

hen. Ein solches Programm der «inne-ren Kolonisation» hat zum Beispiel auch Wilhelm Röpke vertreten.

John Stuart Mill, dem es vor allem auf Bildung und Kultur ankam, trat auch der schon zu seiner Zeit herrschen-den Wachstumsideologie entgegen. In den «Grundsätzen der Politischen Öko-nomie» beschreibt er das Ideal einer «stationären Wirtschaft» ohne brutale Konkurrenz, in der nicht der materielle Konsum und die ständige Verbesserung des Lebensstandards, sondern ein «qualitatives» Wachstum herrschen soll. Er glaubt, diesem Ziel durch Geburten-beschränkung und Arbeitszeitverkür-zung näher kommen zu können. Das klingt wie aus einem Programm der ökologischen Bewegung von heute: «Als der beste Zustand für die menschi-liche Natur erscheint einer, in dem, während keiner arm ist, niemand rei-cher zu sein wünscht und niemand Grund zur Besorgnis hat, dass er durch die Bestrebungen anderer, die sich vor-wärts drängen, zurückgeschoben wird.»

## Persönliche Freiheit

Beim Aussenhandel ist er Freihändler. Schutz- oder Erziehungszölle müssen die Ausnahme sein. In seiner Kombina-tion von Freihandel und einem Eintreten für das Koalitions- und Streikrecht der Arbeiter ähnelt Mill dem deutschen «Sozialliberalen» Lujo Brentano. Trotz gelegentlicher, eher sentimentaler Sym-phonie mit dem offenbar weiter gehen-den Sozialismus, den seine Frau vertrat, kann man Mill aber nicht einen «Sozia-listen» nennen – oder doch nur im Sinne eines «freiwilligen Sozialismus» auf Ba-sis genossenschaftlicher Kooperation auf dem Hintergrund einer bürgerlichen Eigentumsverfassung.

Angesichts seines Kampfes gegen die Sklaverei, seines Glaubens an die Persönlichkeit, seines differenzierten Utilitarismus, seines Glaubens an Wett-bewerb und Initiative sollte dieser Den-ker dem freiheitlichen Mainstream zu-gerechnet werden, mag es auch, wie bei anderen Liberalen, selbst Hayek, In-konsequenzen geben. Nichts fürchtete er mehr als bürokratische Nivellierung und Despotie, den sozialen Maschinen-staat. «Ein Staat, der die Interessen der geistigen Entwicklung dieser Indivi-duen vernachlässigt zugunsten einer et-was besser funktionierenden Verwal-tung ... ein Staat, der seine Menschen verkümmern lässt, um an ihnen – selbst für nützliche Zwecke – gefügte Werk-zeuge zu besitzen, wird merken, dass mit kleinen Menschen keine grossen Dinge vollbracht werden können und dass die Vervollkommnung der Maschi-nerie, der er alles geopfert hat, schliess-lich doch nicht nutzt, denn er hat es vor-gezogen, die lebendige Kraft zu verban-nen, damit die Maschine glatter laufe.»

Mills höchster Wert, die persönliche Freiheit, lässt sich mit einem Sozialver-sicherungsstaat, einem «Ein-Drittel-Netto-Staat» und einer konstanten Staatsquote bei 50% nicht vereinbaren. Mill wäre heute ein entschiedener Kriti-ker des sozialpolitischen Status quo, ein dezidiert liberaler Reformier, der nicht viel Mühe mit den Positionen Hay-eks hätte. Er würde die «Verstaatlichung der Nächstenliebe» durch den Sozialstaat verurteilen. Ob er das zentralistische Europamodell unterstützen würde? Wo ganze Völker auf Kosten der anderen zu leben bestrebt sind und sich ein Wohlfahrtsstaat auf supranationaler Ebene mit entsprechender Nivellie-rungs- bzw. Harmonisierungsambition etabliert – das wäre wohl sehr die Frage.

John Stuart Mill hat uns viel zu sagen. Gewiss hätte er auch heute die Ambition eines liberalen Sozialreform-ers. Aber man würde ihn wahrschein-lich nicht «sozialliberal» nennen, denn der sozialliberale Wohlfahrtsstaat kennt nicht einmal mehr als Fernziel, sich sel-ber dadurch überflüssig zu machen, dass den Bürgern Freiheit und Eigentum ge-lassen oder zurückgegeben werden.

Prof. Gerd Habermann leitet das Unternehmerinstitut des Verbandes «Die Familienunternehmer» (ASU) in Berlin.